

Arbeiterpionier

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Seiten-Nummern nach in den Rücken er-richten

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junghärtler

7. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 14. Oktober 1931

Nummer 169

Deutscher Handelskrieg gegen die Sowjetunion!

Der Reedereiverband beschließt Einstellung des Schiffsverkehrs nach sowjetrussischen Gewässern
Streitende Seeleute werden mit Neutralitätsparagraphen bedroht / Solidarität mit den Streitenden!

Unsere Antwort: Schutz der Sowjetunion!

Hamburg, 14. Oktober.

Der Verband deutscher Reederei hat gestern beschlossen, keine deutschen Schiffe mehr nach der Sowjetunion zu entsenden. Begründet wird dieser Beschluss mit den Arbeitsausstellungen der deutschen Schiffsbesatzungen in Leningrad und Odessa und der Unterstützung dieser Streiks durch, wie es in dem Beschluss heißt, „maßgebende russische Kreise.“

Der provokatorische Beschluss der deutschen Reederei bedeutet die Provokation des Handelskrieges gegen das Land der Arbeiter und Bauern. Es ist ein Schlag in das Gesicht aller Werftarbeiter. In sowjetrussischen Gewässern liegen zur Zeit 41 deutsche Schiffe, deren Mannschaften sich im Streik befinden und sich mit den streitenden Seeleuten in Deutschland identisch erklären. Weil die Sowjetregierung im Gegenzug zu allen kapitalistischen Staaten

Haft der ganzen Welt. In allen kapitalistischen Staaten Schutz der Streikbrecher durch den Staatsapparat, Einleitung von Militär und Polizei gegen die Streitenden, in der Sowjetunion allein volle Freiheit und Schutz der streitenden ausländischen Arbeiter.

Der Hamburger Beschluss muss in alle Herzen und Hirne der Werftarbeiter die ehrliche Tatjache hämmern, daß die Sowjetunion der einzige Ort und das Rüdiger für die gesamte kämpfende Arbeiterklasse der ganzen Welt ist. Hamburg mahnt alle klassenbewußten Arbeiter und Angestellten: Schützt die Sowjetunion vor den Anschlägen und Erpressungen des internationalen Räuberkapitals!

Kämpft mit der Kommunistischen Partei für das rote Selbsthilfeprogramm, für Brot, Arbeit und Freiheit, für ein sozialistisches Deutschland, in dem kein Platz für Streikbrecher und kein Platz für parasitäres Unternehmerspektrum ist, das für ihre Lebensinteressen streitende Arbeiter in Zuchthaus wegen „Mensel“ schlägt will.

Brünings Programm:

Weiterer Abbau der Sozialpolitik

Beschädigung des Tarifrechts / „Deutschland in der Reaktion der Welt voran“ / Nur Kommunisten führen den Kampf gegen Sozialreaktion und Notverordnungs-Diktatur

Berlin, 14. Okt. (Eig. Ber.)

In einer Zeit, der sich rasch verschärfenden Wirtschaftskrise, des wachsenden Elends tritt der Reichstag zu einer kurzen Scheintagung zusammen. Diese Unfähigkeit herrscht im Lager der Bourgeoisie und Einigkeit nur in dem einzigen Ausweg, der ihr bleibt: Neue Massenbelastung, stärkste Unterdrückung.

In der heutigen Sitzung des Reichstages waren es nur die Kommunisten, die dem Kanzler, der seine Politik zu rechtfertigen versuchte, entgegen traten. Nazis und Deutschnationalen glänzten durch Abwesenheit. Nur die Kommunisten protestierten gegen die polizeiliche Belästigung des Reichstages. Sie empfingen den Kanzler mit Zurufen und als er sein Programm entwiderte, waren es wieder die Kommunisten, die in Zwischenrufen die Empörung der Massen zum Ausdruck brachten. Betreten riefen die Sozialdemokraten da, als Brüning die Taten der Herrmann-Müller-Regierung für die Erhaltung des kapitalistischen Systems rühmte: Sie schwiegen, als sich der Kanzler rühmte, daß Deutschland mit seinem nationalen Sozialpolitik den Anfang gemacht habe. Die Sozialdemokraten schwiegen, als der Kanzler den weiteren Abbau der Sozialpolitik und die Zersetzung des Tarifrechts ankündigte. Auch die abgespalteten „Linken“ schwiegen. Nur einmal wurde die sozialdemokratische Fraktion offenbar: Am Schlusse der Tagung brachte die kommunistische Fraktion ein

Hoch auf die Sowjetunion, das Vaterland der Werftarbeiter aller Länder, aus. Der Reichstagspräsident Voche ichloß deswegen den Genossen Grube auf 2 Tage aus. Da hatte Herr Dittmann von der sozialdemokratischen Fraktion die eiserne Stirn zu jorden.

„Auf 30 Tage mügte man ihn ausschließen“

Als einziger Tagesordnungspunkt des heutigen Reichstagsitzung stand die Entgegennahme der Erklärung des Reichskanzlers, vor Eintritt in die Tagesordnung protokollierte der Genosse Torgler

gegen die unerhörte polizeiliche Belästigung des Reichstages, der Reichstag gleichzeitig beinahe einer belogenen Festung, es fehle nur noch, daß man Stacheldraht um den Reichstag ziehe und Kanonen aufstellen!

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag abgelehnt.

Der Reichskanzler wird von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen begrüßt: „Hungerkanzler“, „Abtreten“, „Nur-Diktator“.

Brüning rechtfertigte die Zusammenlegung des Wehr- und Innensenministeriums in einer Hand. Die Vertretung des Wehr- und Innensenministeriums ist in einer Hand vereinigt. Mehr als je zuvor zwingt uns unsere heutige Notlage in einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtausübung gegen alle Verschwörungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Vertretung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundätze weiter verfolgen, die eine Gewöhnung dafür bieten, daß dieses wichtige Machtinstrument des Staates jederzeit seinen Aufgaben gewachsen ist.

Brüning unterstrich das Einschwenken Deutschlands in die Antisowjetfront.

Deutschland hat im letzten Jahrzehnt mehr als alle Nachbarn geprüft, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichen getrieben hat. Deutschland bot das Recht an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerlässlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden lassen.

Dann kündigte der Kanzler den weiteren Abbau der Sozialpolitik an. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einigung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander nötig. Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat be-

Gegen Brünings Diktatur

Demonstrationen in Berlin und Kassel

Berlin, 14. Okt. (Eig. Meld.)

In der Berliner Innenstadt kam es gestern abend zu spontanen Demonstrationen, an denen Tausende von Arbeitern und Erwerbslosen beteiligt waren. Die Straßen der Innenstadt waren schon seit dem Vormittag mit einem starken Polizeiaufgebot besetzt. Die am Tage ausgestellte Polizei wurde dann nachmittags nach der Leipziger und Friedrichstraße dirigiert, sie haben jedoch nicht verhindern können, daß die Arbeiter demonstrierten.

Kassel, 14. Okt. (Eig. Meld.)

Gestern abend kam es in Kassel zu großen Demonstrationen der Werktätigen. Bereits gegen abend zehn Uhr ein großer Zug Demonstranten in Bewegung. Bei seinem Marsch durch die Straßen schlossen sich dem Demonstrationszug immer mehr Männer und Frauen an. Nach anderthalbstündiger Demonstration wurde der Zug vor dem Rathaus aufgelöst. Nach Beendigung der Demonstration besetzte die Polizei die Verkehrsstraßen von Kassel.